

Agrarpolitische Position der Landjugend Württemberg-Baden e.V. anlässlich der Landtagswahlen 2026 in Baden-Württemberg

Bei der Wahl zum neuen Landtag in Baden-Württemberg im Frühjahr 2026 geht es auch um die Zukunft der Landwirtschaft im Land. Junge Landwirt:innen stehen unter massivem Druck: Flächenverlust, explodierende Pachtpreise, zunehmende Wetterextreme durch den Klimawandel, gesellschaftliche Erwartungen sowie ein erdrückender bürokratischer Aufwand prägen ihren Alltag. Der Beruf „Landwirt:in“ wird dadurch zunehmend unsicherer und unattraktiver.

Trotz dieser Herausforderungen blicken wir als Landjugend nicht ängstlich in die Zukunft. Aber wir sagen klar: So kann es nicht weitergehen!

Es werden dringend politische Entscheidungen benötigt, die junge Landwirt:innen stärken, Betriebe unterstützen und regionale Lebensmittel fördern. Es geht um Gerechtigkeit für uns und für alle, die auch morgen noch wissen wollen, wo ihr Essen herkommt. Wir fordern keine Wellness-Programme oder Konzepte zur Work-Life-Balance, wir fordern das Allernotwendigste: eine Politik, die uns nicht ausbremst, sondern mitnimmt. Wir müssen weg vom Kontrollgedanken und hin zu mehr Praxistauglichkeit, Sinnhaftigkeit und Verhältnismäßigkeit von Rechtsvorschriften.

Vom zukünftigen Landtag erwarten wir sich für Folgendes einzusetzen:

1. Fachkräftemangel entgegenwirken

Die landwirtschaftliche Ausbildung muss gezielt gefördert werden, beispielsweise durch Prämien für Ausbildungsbetriebe, sowie durch Zuschüsse für Auszubildende, etwa für Fahrtkosten, Wohnraum und Arbeitskleidung. Stipendienprogramme können junge Menschen in Regionen mit Fachkräftemangel unterstützen.

Außerdem muss Asylsuchenden vom ersten Tag an eine einfache und schnelle Arbeitsaufnahme in Branchen mit akutem Fachkräftemangel, wie der Landwirtschaft, ermöglicht werden. Die Asylprüfung kann parallel erfolgen, eine Erwerbstätigkeit sollte kein Hindernis sein.

2. Flächenversiegelung vorbeugen und Flächenschutz sicherstellen

Landwirtschaftliche Flächen müssen bei Planung, Bau und Naturschutz höchste Priorität haben, Agri-Photovoltaik Anlagen müssen einfacher genehmigt und das Solarpaket 1 endlich umgesetzt werden. Innenentwicklung vor Außenentwicklung in Ortschaften und klare Kompensation bei Industriegebieten sind dabei Pflicht. Für erneuerbare Energien braucht es flächensparende Lösungen mit Vorrang für versiegelte Flächen wie etwa Dächer, Deponien oder Konversionsflächen. Hochwertige Böden über 60 Bodenpunkten müssen für Freiflächen-Photovoltaik tabu sein. Anlagen von Landwirt:innen und Bürgergenossenschaften sind vor renditegetriebenen Investorenprojekten zu bevorzugen.

3. Die Gesellschaft mitverantwortlich machen

Verluste durch Wildtiere, Wetter oder Klimawandel dürfen nicht allein an Landwirt:innen hängenbleiben. Schäden durch Wildtiere wie Schädvögel, Schwarzwild oder Wölfe müssen vom Land ausgeglichen werden. Die Schwarzwildbejagung ist weiter zu fördern, um Risiken

wie ASP zu begrenzen. Wolfsprävention braucht flächendeckende finanzielle Unterstützung, nicht nur in bestehenden Fördergebieten. Das Jagdrecht ist entsprechend anzupassen. Im Schadensfall müssen Landwirt:innen in die Prüfung durch die Naturschutzverwaltung einbezogen werden. Auch die Bekämpfung invasiver Arten wie dem Waschbär muss deutlich verstärkt werden. Die Gesellschaft muss diese Last mittragen, denn sie profitiert unmittelbar von unserer Arbeit und der sicheren Versorgung mit regionalen Lebensmitteln.

Die Landwirtschaft erfüllt laut Projektionsbericht des Umweltbundesamtes 2023 als einer der wenigen Sektoren ihre Klimaschutzziele. Andere Sektoren, wie Verkehr, Industrie oder Gebäude, verfehlen diese hingegen deutlich. Dennoch trägt die Landwirtschaft die Folgekosten des Klimawandels. Dieses Ungleichgewicht ist nicht länger hinnehmbar: Wer zum Problem beiträgt, muss auch zur Lösung beitragen, gesellschaftlich wie finanziell.

4. Expertenmeinungen endlich umsetzen und Regionalität vorantreiben

Ein Landesaktionsplan soll die Empfehlungen der Borchert-Kommission, der Zukunftskommission Landwirtschaft und des Strategiedialog Landwirtschaft umsetzen und in bestehende Strategien wie die Biodiversitätsstrategie und das Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg integrieren.

Der Landtag muss sich im Sinne einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft zur Tierhaltung und guten Haltungsstandards bekennen und eine standortgerechte Entwicklung der gesamten Produktionskette garantieren und unterstützen. Die Politik muss Entscheidungsspielräume von Betriebsleitenden stärken, um regionale Anpassungsstrategien flexibel zu ermöglichen.

Schließlich müssen Verbraucher:innen zum Kauf regionaler Lebensmittel motiviert werden. Deshalb fordern wir einen verpflichtenden Anteil echter regionaler Produkte im Sortiment von Supermärkten und Discontern aus einem Umkreis von 50 Kilometern. Ebenso sollen öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kitas und Krankenhäuser regionale Lebensmittel verpflichtend nutzen, wenn eine regionale Alternative verfügbar ist.

Wir fordern eine Politik, die junge Landwirt:innen stärkt und Regionalität konsequent fördert, für eine nachhaltige und zukunftsfähige Landwirtschaft in Baden-Württemberg. Und für Lebensmittel, die auch morgen noch von hier kommen.

Stuttgart, November 2025

Die Landjugend Württemberg-Baden e.V. ist ein freier Zusammenschluss von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im ländlichen Raum. Der Verband wurde 1947 gegründet und umfasst heute rund 3500 Mitglieder. Das Verbandsgebiet der Landjugend Württemberg-Baden e.V. erstreckt sich über Nordbaden und Nordwürttemberg vom Main-Tauber-Kreis bis zum Alb-Donau-Kreis und reicht westlich bis Karlsruhe. Der Verband vertritt den ländlichen Raum in den Bereichen Agrar-, Weinbau- und Jugendpolitik und bietet zudem Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung.